



ISS

State of the World

Akteure - Entwicklungen - Trends

1. Halbjahr 2012

Analyse, Bewertung und Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Juni 2012

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Das erste Halbjahr 2012 war ökonomisch und politisch auf internationaler Ebene nach wie vor durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie verschiedene *Hot Spots* geprägt, wie zum Beispiel den Bürgerkrieg in Syrien, die (zumindest vorerst) gescheiterten Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, die zum Teil gewalttätige post-revolutionäre Phase in vielen Staaten Nordafrikas oder die nach wie vor bestehenden bzw. sogar wieder zunehmenden Sicherheitsprobleme in Afghanistan oder dem Irak.

In der vorliegenden Ausgabe *State of the World 1/2012* erfolgen Analysen und Bewertungen ausgewählter Aspekte dieser komplexen internationalen Situation (Stichtag: 20. Juni 2012) sowie zum Teil auch schon Ausblicke auf mögliche Entwicklungen für die nächsten sechs Monate.

Der grundlegende Aufbau der *State of the World*, die das ISS seit 2009 halbjährlich herausgibt, wurde in der vorliegenden Ausgabe beibehalten, dennoch wurde auch aktualisiert: Dies betrifft zum einen die Aufnahme Brasiliens in den Abschnitt der *Akteure*. Zum anderen ist der Abschnitt „*Studien und Berichte*“, in dem einige interessante und aus strategischer sowie sicherheitspolitischer Sicht wichtige Studien und Berichte in zusammenfassender Weise dargestellt werden, neu. Ebenfalls neu ist, dass von nun an die Verfasser der jeweiligen Abschnitte namentlich genannt werden. Dies geschieht vor allem, um Rückfragen zu erleichtern.

Die *State of the World* gliedert sich demnach in folgende Hauptabschnitte:

1. Akteure
2. Konferenzen und Abkommen
3. Hot Spots
4. Studien und Berichte

Die *State of the World* spiegelt verschiedenste Forschungsschwerpunkte der Wissenschaftler am ISS wider und folgt dem Motto des Instituts:

„Mit zeitgemäßem Wissen das Sicherheitsbewusstsein erhöhen“.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Franz Sitzwohl, ObstltdG
Leiter Referat Strategie/ISS/LVAk

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	3
Akteure	4
Europäische Union (Gunther Hauser)	4
Analyse der letzten sechs Monate.....	4
Bewertung der letzten sechs Monate	5
Ausblick auf die nächsten sechs Monate.....	5
USA (Gunther Hauser).....	6
Analyse der letzten sechs Monate.....	6
Bewertung der letzten sechs Monate	7
Ausblick auf die nächsten sechs Monate.....	8
BRASILIEN (Franz Sitzwohl)	8
Analyse der letzten 6 Monate	8
Bewertung der letzten 6 Monate.....	9
Ausblick auf die kommenden 6 Monate.....	9
RUSSLAND (Martin Malek).....	10
Analyse der letzten 6 Monate	10
Bewertung der letzten 6 Monate.....	10
Ausblick auf die kommenden 6 Monate.....	11
INDIEN (Gerald Brettner-Messler)	11
Analyse der letzten sechs Monate.....	11
Bewertung der letzten sechs Monate	11
Ausblick auf die kommenden sechs Monate	12
CHINA (Gerald Brettner-Messler)	13
Analyse der letzten sechs Monate.....	13
Bewertung der letzten sechs Monate	13
Ausblick auf die kommenden sechs Monate	14
Konferenzen und Abkommen	15
48. Münchner Sicherheitskonferenz (Thomas Pankratz)	15
Der NATO-Gipfel von Chicago (Gunther Hauser)	15
G-20 Gipfel in Los Cabos (Mexiko) (Thomas Pankratz).....	16
UN-Weltnachhaltigkeitsgipfel „Rio+20“ in Rio de Janeiro (Thomas Pankratz)	17
Hot Spots.....	18
Afghanistan/Pakistan (AFPAK) (Gunther Hauser)	18
Iran – Atomprogramm (Thomas Pankratz).....	18
Russland und Syrien (Martin Malek)	20
Studien und Berichte (Thomas Pankratz).....	21
Freedom House Index 2012.....	21
Europol TE-SAT 2012	21
Living Planet Report.....	22
SIPRI-Yearbook 2012	23
Die Top Ten bei den Rüstungsausgaben	23
Die Top Ten der Rüstungsexporteure und -importeure	24
Stand nukleare Gefechtsköpfe 2012	24
Global Peace Index 2012.....	25
Übersicht zu den jeweils zehn sichersten und zehn unsichersten Staaten sowie	
Positionierung Österreichs gemäß GPI 2012	25
„Global Trends 2011“ Report des UNHCR.....	25
Failed State Index	26
Übersicht zu den fünf stabilsten und fünf unstabilsten Staaten sowie	
Positionierung Österreichs gemäß FSI 2012.....	26

Akteure

Europäische Union

Analyse der letzten sechs Monate

Dänemark übernahm von Polen am 1. Januar 2012 die EU-Präsidentschaft und setzte sich gemäß dem Arbeitstitel der Präsidentschaft „*Europe at Work*“ zum Ziel, jene vor allem am 9. Dezember 2011 beschlossenen Regelungen zur Eindämmung der Schuldenkrise in den EU-Mitgliedstaaten („*fiskalpolitischer Pakt*“) sowie Maßnahmen zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem *Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)* – dieser trat am 9. Juli in Kraft – wurde eine internationale Finanzinstitution geschaffen, die Euro-Mitgliedstaaten mit Finanzierungsproblemen – unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen - unterstützt. Ziel ist es, im Notfall die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu sichern. Ein ESM-Beitritt steht auch anderen EU-Staaten offen, sobald sie dem Euroraum beitreten. Die Eigenstaatlichkeit wird durch die ESM-Mitgliedschaft ebenso wenig angetastet wie etwa durch die Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF). Der ESM erhält ein Stammkapital von 700 Mrd. Euro, wovon 80 Mrd. Euro einzuzahlen sind. Der jeweilige Anteil der Mitglieder richtet sich nach der Höhe ihres Kapitalanteils an der EZB. Für Österreich (EZB-Anteil: rund 2,8%) ergibt sich daraus eine Beteiligung von knapp 19,5 Mrd. Euro am Stammkapital und etwas mehr als 2,2 Mrd. Euro am einzuzahlenden Kapital. Eine Veränderung des Stammkapitals und der Abruf von nicht eingezahltem Stammkapital wird nur durch Zustimmung der nationalen Parlamente erfolgen können. Über die Genehmigung von ESM-Geldern entscheidet ausschließlich der Gouverneursrat, dem die jeweiligen Finanzminister angehören. Jedes Land besitzt darin ein Vetorecht. Nur in Notsituationen, die von der Europäischen Kommission und der EZB zu begründen sind und die ein Dringlichkeitsverfahren erforderlich machen, reicht eine qualifizierte Mehrheit (85% der abgegebenen Stimmen) aus. Anders als die nationalen Parlamente hat das Europäische Parlament keine Möglichkeit der Mitbestimmung bei ESM-Entscheidungen. Der ESM kann seine Arbeit nur aufnehmen, wenn so viele Länder den ESM-Vertrag ratifiziert haben, dass diese 90% des Kapitals des Euro-Rettungsfonds stellen können.

Mit Spanien hat sich Anfang Juni – nach Griechenland, Irland und Portugal – das vierte Euroland unter den Rettungsschirm begeben. Bis zu 100 Mrd. Euro sollen zur Sanierung der spanischen Banken an die Regierung fließen. Beim EU-Gipfel am 28. und 29. Juni wurde über den von Frankreich verlangten „*Wachstumspakt*“ verhandelt, auf den sich vier große EU-Länder in der 25. Kalenderwoche geeinigt haben. 120 Mrd. Euro sollen für eine Wachstumsinitiative bereitgestellt werden. Doch Deutschland sowie der EU-Ratspräsident betonen unisono, dass dieses Wachstum keinesfalls durch höhere Defizite erreicht werden dürfe. Vielmehr seien Strukturreformen notwendig. In der Nacht zum 29. Juni einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf folgende Maßnahmen, die die Finanzminister am 9. Juli umsetzten: Unter Beteiligung der EZB soll eine einheitliche Aufsicht für die Banken eingerichtet werden. Die neue Kontrollinstanz soll bis Ende 2012 installiert sein. Wenn die Bankenaufsicht steht, also frühestens Anfang 2013, wäre auch der Weg frei für eine direkte Rekapitalisierung von Banken durch den ESM. Zudem wurde auf Druck von Spanien, das für seine Banken Hilfen aus dem ESM beanspruchen will, vereinbart, dass dieser keinen Status als vorrangiger Gläubiger erhält. Hinsichtlich Anleihenkäufe wurde auch die Forderung erfüllt, dass der EFSF (der trägt schon die Rettungsaktionen für Griechenland, Portugal und Irland) und sein Nachfolger ESM künftig Staatsanleihen kaufen können, und zwar von Ländern, die hohe Zinsen zahlen müssen, obwohl diese die von der EU vorgegebenen Haushaltsziele erfüllen. Euroländer, die trotz sinkender Neuverschuldung unter den Druck von Investoren kommen, können seitens des EFSF bzw. des ESM bei der Aufnahme neuer Schulden unterstützt werden. Infrage kommen sowohl erstmals ausgegebene Staatspapiere (Primäranleihen) als auch bereits auf dem Sekundärmarkt notierende Anleihen. Dieses Programm könnte anders als die Bankenhilfe rasch zum Einsatz kommen. Neu ist, dass die Kontrollen, ob die Auflagen eingehalten werden, künftig ohne den Internationalen Währungsfonds, also nur mehr von der EU-Kommission und der EZB gemacht würden.

Seit 1. April können erstmals EU-weite Bürgerinitiativen (EU-Volksbegehren) gestartet werden. Diese Bürgerinitiativen müssen in mindestens sieben Ländern eingereicht werden und innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften erreichen – dann sind EU-Kommission und EU-Parlament beauftragt, sich mit dem Volksbegehren zu befassen.

Mit 28. Februar erhielt Serbien den Status als EU-Beitrittskandidat, obwohl eine staatliche Anerkennung des Kosovo seitens der serbischen Regierung bisher nicht erfolgt ist. Gleichzeitig mit der US-Entspannungspolitik gegenüber Myanmar hatte die EU am 17. Februar die Sanktionen gegen das südostasiatische Land aufgrund der „positiven Signale“ aus Myanmar teilweise aufgehoben – konkret betrifft dies Einreiseverbote gegen 87 Personen. Auf militärischer Ebene wurde seitens der EU im Rahmen der Anti-Piraterieoperation *EU NAVFOR ATALANTA* Mitte Mai eine Eskalationsstufe überschritten: Erstmals wurden Ziele an der Küste Somalias angegriffen. Seit März darf die EU auch Piratenstützpunkte an Land bekämpfen – allerdings dürfen die Ziele nur maximal zwei Kilometer vom Wasser entfernt sein, der Einsatz von Truppen an Land bleibt jedoch weiterhin für die EU untersagt.

Bewertung der letzten sechs Monate

Die EU-Staaten befinden sich nach wie vor in der schlimmsten Schuldenkrise ihrer Geschichte. Kurz bevor Zypern von Polen den EU-Vorsitz übernommen hatte, kam es unter den Euro-Rettungsschirm. Aufgrund des massiven Ankaufs von griechischen Anleihen war Zypern in die Schuldenkrise geraten. Zypern ist nun nach Griechenland (240 Mrd. Euro), Irland (85 Mrd. Euro), Portugal (78 Mrd. Euro) und Spanien (100 Mrd. Euro) das fünfte Land, das diesen Rettungsschirm in Anspruch nimmt. Beobachter gehen bei Zypern von einem Bedarf von 10 Mrd. Euro aus. Da sich Zypern nun unter den EU-Rettungsschirm befindet, wird dort eine Erhöhung der niedrigen Unternehmensbesteuerung von 10% befürchtet. Diese lockt viele *Offshore*-Firmen an.

Der Schlussgipfel stand unter dem Druck, ein überzeugendes Signal zur Eliminierung der Konstruktionsfehler der Eurozone zu senden. Der vom EU-Ratspräsidenten vorgelegte Entwurf der Schlusserklärung sah zunächst vor, sich einen Fahrplan zur Einführung von Eurobonds vorzunehmen. Diese Passage wurde jedoch auf Druck Deutschlands gestrichen. Eurobonds, also gemeinsame EU-Staatsanleihen, wird es folglich vorerst nicht geben. Der permanente Rettungsmechanismus ESM sowie der vorläufige Rettungsschirm EFSF sollen ab Mitte 2012 ein Jahr lang parallel existieren. Die Beschlüsse vom 29. Juni wurden auf den Finanzmärkten positiv aufgenommen: Der ursprünglich für zwei Tage anberaumte EU-Gipfel war bereits am 29. Juni um etwa 04.30 Uhr morgens abgeschlossen worden. Dies sollte noch vor Beginn der Öffnung der Börsen in Asien die Finanzmärkte beruhigen.

Außenpolitisch ist die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an Serbien insofern symbolisch von Relevanz, als dass die EU Serbien eines möglichen Beitritts nun prinzipiell für würdig befindet. Wann jedoch tatsächlich die Beitrittsverhandlungen beginnen, ist noch ungewiss. Serbien erhält bereits seit 2007 rund 190 Mio. Euro pro Jahr aus dem EU-Budget als Hilfe zur Heranführung an europäische Standards. Mit diesem Geld werden serbische Schulen ebenso modernisiert wie Umspannwerke, Straßen und Gefängnisse. 2012 kann Belgrad rund 202 Mio. Euro an „Heranführungshilfe“ erwarten. Die EU-Mitgliedschaft Serbiens ist fern und fragwürdig, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes hingegen nah und greifbar.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Zypern hat erstmals am 1. Juli den EU-Vorsitz übernommen. Die Türkei hatte bereits lange zuvor angekündigt, in einem derartigen Fall die Beziehungen zur EU einzufrieren. In Bezug auf EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden bis Ende 2012 somit keine Fortschritte erwartet. Die Türkei hat sich auch entschieden gegen die Ausbeutung von großen Erdgasvorkommen seitens Zyperns vor dessen Südküste geäußert, in Zukunft sollen so große Summen in die hochverschuldete zypriotische Staatskasse fließen. In der EU ist der Vorschlag der EU-Kommission, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer auf alle Handelsaktivitäten mit Aktien, Anleihen und Derivaten einzuführen, derzeit nicht aktuell. Möglicherweise soll diese stattdessen von einer Gruppe von zumindest 10 Staaten rund um

die finanzstärksten Länder der Eurozone – Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien – noch 2013 im Rahmen einer „*verstärkten Zusammenarbeit*“ eingeführt werden. Darüber wurde am 22. Juni beim EU-Finanzministertreffen in Luxemburg debattiert. Großbritannien und Schweden weigern sich jedoch strikt, eine derartige Besteuerung zu erlauben, weil dies ihrer Ansicht nach negative Auswirkungen auf die Märkte habe. Da bei Steuerthemen Einstimmigkeit nötig ist, müsste die weit größere Mehrheit von Euro- und EU-Staaten jetzt einen Sonderweg gehen. Der EU-Vertrag erlaubt diese Kooperation, wenn sich mindestens neun Staaten zusammenfinden. Welche Art von Transaktionssteuer kommt, ist völlig offen. Für den Fahrplan zu einer „*echten Wirtschafts- und Währungsunion*“, wie es im Abschlussdokument des EU-Gipfels vom 29. Juni heißt, sollen bis Ende 2012 konkrete Maßnahmen entschieden werden. Frankreichs Präsident Hollande denkt bereits wieder über die Einführung von Eurobonds nach – also über gemeinsame Staatsanleihen der Eurostaaten. Für Italiens Premier Mario Monti war der Gipfel ohnehin der erste Schritt in diese Richtung. Die Eurobonds könnten jedoch durch die Hintertür kommen: Aus Angst vor einer Haushaltskrise werden zunächst die Schleusen des EFSF/ESM weit geöffnet. Künftig wird gemeinsam auch für Banken gehaftet. Und zur Untermauerung der Schuldenvergemeinschaftung werden diese Kredite in Folge nicht mehr den jeweiligen Staaten, die den Antrag stellen, sondern dem gemeinsamen Rettungsschirm angelastet. Dieser wird auch noch für kurzfristige Finanzlücken von Staaten zur Verfügung stehen müssen.

Seit 1. Juli sind die Sanktionen der EU gegen iranische Ölimporte in Kraft. Diese sind laut Internationaler Energieagentur die größte Einschränkung des globalen Öl-Angebots seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Libyen im Frühjahr 2011. Beschlossen wurden die EU-Sanktionen bereits im Januar, nachdem sich der Iran bei den Gesprächen um das umstrittene Atomprogramm geweigert hatte, Zugeständnisse zu machen. Die Regierung in Teheran soll unter Druck gesetzt werden, um die Gefahr einer iranischen Atombombe zu bannen.

USA

Analyse der letzten sechs Monate

Die am 5. Januar vorgestellten neuen strategischen Richtlinien für die US-Streitkräfte kündigten eine Schwerpunktverlagerung in Richtung Asien-Pazifik an. Diese Leitlinien zielen auch auf Reduktionen von US-Truppen in Europa und untermauern US-Interessen im Mittleren Osten sowie eine verstärkte Konzentration von US-Interessen in der Asien-Pazifik-Region. Hier wird ausdrücklich betont, dass Chinas militärischer und ökonomischer Einfluss in der Region steigt. Aus diesem Grund wurde am 4. April das erste Kontingent (200 Soldaten) von insgesamt 2.500 US *Marines* (bis 2016-17) nach Darwin/Australien verlegt. Während der nächsten 10 Jahre sollen auch die Militärs der Partnernationen in der Region mit US-Hilfe auf- und ausgebaut werden.

In der kommenden Dekade sollen insgesamt 487 Mrd. US-Dollar weniger für das Militär ausgegeben werden. Mit rund 550 Mrd. US-Dollar machte 2011 der US-Verteidigungsetat ca. 5 % des damaligen BIP aus. Die laufenden Kosten für die beiden Kriege im Irak (Abzug der Kampftruppen erfolgte Ende 2011) und Afghanistan, die mit Sonderbudgets finanziert werden, waren in dieser Summe noch gar nicht inkludiert. Panetta erklärte am 12. Januar, dass zwei mechanisierte Infanteriebrigaden (je 3.500 Soldaten) der U.S. Army aus Deutschland (die 170. aus Baumholder sowie die 172. aus Grafenwöhr) sowie Unterstützungskräfte abgezogen werden (also insgesamt 10.000 US-Soldaten), wodurch die US-Truppenstärke in Europa von 81.000 im März 2012 in den nächsten Jahren auf 71.000 zurückgehen wird. US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton hatte Anfang Februar während der Münchner Sicherheitskonferenz betont, dass Europa die erste Wahl als Partner der USA bleibe, beide verbinde schließlich „*das stärkste Bündnis der Geschichte*“. Mit 1. Juli haben die USA und die EU die bisher schärfsten Sanktionen gegen den Iran umgesetzt. Weiters, so Clinton, stünden „*Europa und die Vereinigten Staaten [...] auch Seite an Seite angesichts des Tyrannen, der in Damaskus brutal gegen sein Volk vorgeht. Gemeinsam mit*

der Arabischen Liga fordern wir ein Ende des Blutvergießens und eine demokratische Zukunft für Syrien.“

US-Präsident Obama setzte sich im ersten Halbjahr zum Ziel, Maßnahmen zur Bekämpfung des enormen Gesamtschuldenanstiegs der USA umzusetzen sowie für alle Amerikaner ein Krankenversicherungssystem zu etablieren. Im März 2010 verabschiedete der Kongress mit knapper Mehrheit eine Gesundheitsreform. Sie schreibt u.a. eine Versicherungspflicht für alle Amerikaner vor. Mehr als zwei Dutzend Bundesstaaten klagten daraufhin wegen Verfassungsbruchs. Dieser „*Affordable Care Act*“, ein fast 2.500 Seiten dickes Konvolut, markiert nun den größten politischen Kraftakt der Amtszeit von Obama. Als die neun Richter des *Supreme Court* am 28. Juni das Urteil verkündeten, machte sich aufgrund der komplexen Argumentation zunächst Verwirrung unter den Rechtsexperten breit. Unter der Prämisse der Steuerhoheit des Staates sei das Gesetz verfassungskonform, so die Richter in einer knappen Mehrheitsmeinung. John Roberts, der als konservativ geltende Leiter des Kollegiums, hatte sich ins Lager der Liberalen geschlagen und so den Ausschlag gegeben für eine Entscheidung, die mit fünf gegen vier Stimmen ausfiel.

Bewertung der letzten sechs Monate

US-Präsident Obama steht mit dem Rücken zur Wand: Die US-Wirtschaft kommt nur schleppend in Gang, Verschuldung und Defizit steigen weiter und werden als Bedrohung der nationalen Sicherheit beklagt. In der weltgrößten Wirtschaftsmacht sind Straßen, Brücken, Schienen, Flughäfen und das Schulsystem äußerst desolat, mehr als eine Million Jugendliche verlassen pro Jahr ihre Schule ohne Abschluss. In Österreich liegt ein vergleichbarer Wert bei 9% (inkl. der Einrechnung der Lehrlinge). Schulabbrecher stellen in den US-Gefängnissen insgesamt 60% aller Insassen! Zu den schulischen Problemgebieten zählen ärmere Bundesstaaten wie z.B. Mississippi, Louisiana oder Missouri. Zudem kann sich der Mittelstand den eigenen „*American way of life*“ immer weniger leisten. Fachkräfte z.B. in Spitälern und bei Baufirmen fehlen. Die Arbeitslosigkeit liegt in den USA offiziell bei mehr als 8% (doppelt so hoch wie vor 2008), wobei Mio. Amerikaner (Schätzungen bis zu 50 Mio. Menschen – also bis zu 17%) gar nicht mitgerechnet sind, die auf der Suche nach einem neuen Job resigniert haben. Für Konjunkturpakete und Steuererhöhungen gibt es im Kongress keine Mehrheit. Regionen in den USA sind derart pleite, dass dort in den 1950ern asphaltierte Landstraßen aus Geldmangel mit Baumaschinen in billigere Schotterpisten rückverwandelt werden. Die Gesamtverschuldung der USA liegt mit über 100% des BIP deutlich über jener der Eurozone (ca. 80%) und betrug Mitte Juni bereits über 15 Billionen US-Dollar. Aufgrund der hohen Liquidität bleibt der US-Markt nicht leicht angreifbar, es existiert für Anleger weltweit keine echte Alternative zu einer Veranlagung in den USA. Die USA könnten jedoch selbst bei den gegenwärtig exorbitanten Verschuldungsquoten zum Sanierungsfall werden.. Die USA agiert dennoch als einheitlicher Wirtschaftsraum mit einem einheitlichen Transfer- und Finanzausgleichssystem. Zudem zögert die US-Notenbank im Ernstfall nicht, Geld zu drucken. So werden zwar keine Probleme gelöst, jedoch hinausgeschoben. Obwohl viele US-Bundesstaaten hoch verschuldet sind, erwartet niemand, dass ein Bundesstaat bankrott gehen könnte. Die Entscheidung über „*Obamacare*“ war etwas überraschend, da sich bei einem Hearing im April die Skepsis einer Richtermehrheit manifestierte. Für die Gegner ließ der Oberste Gerichtshof eine Hintertür offen: Womöglich könnten zumindest einige der 26 Bundesstaaten, die sich zur der Verfassungsklage zusammengetan hatten, ausscheren. Sie hatten beanstandet, dass die Versicherungspflicht – das Herzstück des Gesetzes – der Verfassung zuwiderlaufe.

Der neue Schwerpunkt auf Asien und den Mittleren Osten könnte bewirken, dass die USA künftige nicht mehr Operationen in und um Europa anführen werde. So könnte für derartige Operationen Frankreich oder das Vereinigte Königreich die Führung übernehmen – wie beim Libyen-Einsatz 2011. Der Sinn, US-Truppen in der Asien-Pazifik-Region zu stationieren, liegt aus US-Sicht darin, die Handelsrouten offen zu halten „*and that we are prepared for any issue that could come up*“, so der US-Botschafter in Australien, Jeffrey Bleich.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November geht es um die wirtschafts- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA: Romney und die Republikaner wollen weniger Steuern, weniger Eingriffe und Ausgaben des Staates, dafür mehr Markt und Wettbewerb, um Arbeitsplätze zu schaffen. Den Schuldenberg wollen sie mit Sparen bewältigen und nicht mit mehr Steuern. In Obamas Gesundheitsreform sehen sie den Furor der Staatskontrolle über ein auf Wettbewerb angelegtes Gesundheitswesen am Werk. Präsident Obama wird vorgeworfen, die Streitkräfte durch Sparpläne auszuhöhlen und damit Amerikas historische Führungsposition aufzugeben. Die Republikaner stellen Obama als ewig linken Sozialarbeiter hin, der den Wettbewerb durch staatsfinanzierte Gleichmacherei ersetzen und Amerika so schwach und krank wie Europa machen wolle. Obama und die Demokraten hingegen bezeichnen die wirtschaftsliberalen Rezepte der Republikaner als wesentliche Ursache für die gegenwärtige Wirtschafts- und Schuldenkrise. In der Gesundheitsreform sehen sie ein Epochenwerk der Gerechtigkeit. Für die Demokraten ist Romney eine gierige Heuschrecke, in deren eiskaltem Kapitalismus für Fairness kein Platz sei. Die Gläubigen beider Seiten halten diese Übertreibungen für die „Wahrheit“. Über die Ausrichtung Amerikas entscheiden am Ende aber die Wechselwähler, vor allem jene mit hispanischer Herkunft in den so genannten *Swing*-Staaten wie Florida (23% *Hispanics*) und Colorado (21% *Hispanics*).

BRASILIEN

Analyse der letzten 6 Monate

Präsidentin Dilma Rousseff versucht weiterhin, den von ihrem Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva eingeschlagenen Kurs fortzusetzen, dies jedoch mit einer eigenen Note. Dabei musste sie Kompromisse eingehen, die einerseits die eigene Wirtschaft stärken jedoch andererseits weiter zu Lasten der Umwelt (Belo-Monte Kraftwerk, Abholzung etc.) gehen. Darunter und unter Korruptionsvorwürfen (7 Minister wurden bereits ausgetauscht) leidet ihre Popularität. Brasiliens Kurs einer regionalen Hegemonie in Lateinamerika sowie das Angebot der Dienste eines „*Honest Brokers*“ werden fortgeführt, führen aber in diversen regionalen (MERCOSUR, UNASUR, OAS, etc.) und überregionalen (G20, BRICS, IBSA etc.) Gremien vermehrt zu Verstimmungen mit den USA (Rückkehr Kubas in OAS). Die Ausrichtung des Rio+20 Gipfels (Brasilien präsentierte die niedrigste Abholzungsquote des Amazonasregenwaldes) war auch nicht von Erfolg gekrönt.

Die großen Herausforderungen Rousseffs in der Innenpolitik waren:

- Zunahme des Wirtschaftswachstums auf 4,5% geplant (realisierbar 2012 eher 2,5%) durch Absenken der Spar- als auch Kreditzinsen auf etwa 6% (Zinshoch 2011: 10,5% - als Reaktion hat *Moody's* Ende Juni 8 brasilianische Großbanken heruntergestuft),
- Senkung der Arbeitslosenquote (auf 5,8% gesunken im Mai) durch Schaffung von Arbeitsplätzen und neuer Infrastrukturprojekte für Exporte (Öl, Soja etc.),
- Soziale Gerechtigkeit und Ausgleich des extremen Nord-Süd-Gefälles,
- Die Abänderung des Forstgesetzes (76,5 Mio Hektar Urwald in Gefahr) zum Schutz des Amazonasregenwaldes und der indigenen Bevölkerung,
- Proteste von Polizei, Indigenen und Umweltschützern (durch Einsatz von Militär gelöst),
- Die „Befriedung“ der *Favelas* in Rio de Janeiro durch den Einsatz von Militär sowie von *Police Pacification Units* (aktuell 19 *Favelas* „befriedet“),
- Grenzsicherung gegen Schmuggel (AGATA 4 Operation im Mai mit 8.700 Soldaten).

Außenpolitisch war Rousseff mit folgenden Bereichen konfrontiert:

- Das Treffen von Rousseff mit US Präsident Obama war freundschaftlich aber ohne großen Pomp – im Wesentlichen wurde die Kooperation beider Länder gefestigt,
- Rousseff traf beide Castros und signalisierte eine generelle Unterstützung für Kuba,
- Trotz Differenzen betreffend Schutzzölle mit Argentinien unterstrich Rousseff nochmals Argentiniens Anspruch auf die Malvinas (Falklandinseln),

- In Aufarbeitung der Diktatur (1964-1985) kam es mit Uruguay zu Gesprächen der Abläufe der *Operación Cóndor* (Geheimdienstoperationen mit Beteiligung von Polizei und Militär in 6 Staaten während der 1970er und 1980er Jahren),
- Brasiliens Angst vor der „*chinafication*“ seiner Wirtschaft wird durch verstärktes Engagement in MERCOSUR begegnet (China ist Brasiliens größter Handelspartner seit 2011 und tätigte in diesem Jahr 81,5 Mrd USD an Direktinvestitionen in Brasilien),
- Die strategische Partnerschaft mit Frankreich wird im Rüstungsbereich vertieft,
- Eine verstärkte Kooperation bzw. ein Anstieg des Handels sowohl mit der Arabischen Welt (plus von 14%) als auch mit lusophonen Ländern Afrikas
- Das verstärkte Engagement Brasiliens im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation (IBSA etc.) wurde neben Südafrika und Indien auch auf die Türkei und Israel ausgeweitet,
- Lula da Silvas implementierte Vermittlerrolle wurde weiter angeboten (Iran, Syrien etc.).

Bewertung der letzten 6 Monate

Die brasilianische Wirtschaftslage erholte sich langsam, liegt aber noch hinter den Prognosen zurück. Die negative Handelsbilanz mit den USA bzw. die Überschwemmung mit Billigprodukten Chinas hemmen dabei das Wachstum. Der Ausbau der Infrastruktur für die Exportwirtschaft (Straßen, Eisenbahnen, Häfen etc.) auch vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2016 beleben die Konjunktur zunehmend. Brasilien macht dabei einen Spagat zwischen Rohstoffexporten nach China, den USA und in die EU und einer zunehmenden Industrialisierung im Rahmen der Produktion von Hochwertprodukten. Die Entwicklungspolitik in Brasilien wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas schreitet stetig voran. Die Entdeckung weiterer Ölreserven machte Brasilien zu einem von 6 autarken erdölproduzierenden Ländern weltweit. Die Sicherung dieser strategischen Ressourcen (wie auch der Vorkommen an seltenen Erden) ist weiterhin ein erklärtes Ziel der Regierung. Die auflebende Partnerschaft mit den USA wurde durch die Aussage des US-Verteidigungsministers Panetta bei seinem Besuch in Brasilia mit den Worten: „*Brazil is a global power. Brazil is a positive force for stability, not only in the Americas but accross the world*“ sowie der Zusicherung der US Unterstützung im Falle der Erweiterung des VNSR für Brasilien zu stimmen, unterstrichen. Es werden neue Anstrengungen in der Rüstungspolitik unternommen, so unter anderem auch der Ausbau von strategischen Partnerschaften mit Frankreich für den Bau von nuklearbetriebenen U-Booten bzw. eventuell bis zu 2 Flugzeugträgern. Erneute Gerüchte über Brasiliens Atombombenprogramm bestätigten sich nicht, unterstreichen aber aufkommende regionale Hegemoniebestrebungen in Lateinamerika, im Südatlantik, der Antarktis sowie der westafrikanischen Gegenküste, was in der *National Strategy of Defense* 2008 bereits abgebildet war. Die außenpolitischen Aktionen litten ein wenig an Brasiliens Standpunkt zur Syrienkrise bzw. am leichten Schwenk Rouseffs bezüglich des Irans hin zu einer mehr US-freundlichen Position. Brasiliens Engagement hat auch im Rahmen südamerikanischer Kooperation in letzter Zeit eher abgenommen, sich jedoch im Rahmen der Süd-Süd-Kooperationen verstärkt.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Der Kampf gegen Armut durch Förderung von Kleinkrediten (Ziel ist es, die Mittelklasse von aktuell 54% bis 2018 auf 60% anzuheben) sowie Infrastrukturprojekten - 1800 Mrd. USD geplant bis 2014 – bleiben Herausforderungen für Brasilien. Die Entwicklung über die Entwicklungsbank BNDES bzw. die im BRICS-Gipfel in Neu Dehli angedachte Schaffung einer BRICS-Entwicklungsbank soll Brasiliens Position in der WTO sowie im IMF stärken. Dabei wird auch eine Restrukturierung von MERCOSUR (Gemeinsamer Markt Südamerikas) eingeplant, um wiederum stärkere Exporte in die Nachbarländer zu erzielen bzw. die immer noch seit Jahren bestehenden umfangreichen Handelsbarrieren (Schutzzölle, Exportquoten etc.) abzubauen. Die Folgen der Energiepolitik und deren Auswirkungen auf die Umwelt werden Prüfsteine für die Regierung werden, gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Rio+20-Gipfels. Die Erschließung neuer Ressourcen (Erze, Seltene Erden, Öl&Gas etc.) im Land bzw. auf See bzw. in Afrika (nicht nur in lusophonen Staaten) wird zeigen, ob

darunter nicht die Vermittlerrolle Brasiliens leiden wird, da bereits erste neokoloniale Vorwürfe lanciert werden. Eine Frage wird auch sein, ob sich der geplante Ausbau der Streitkräfte (alle Teilstreitkräfte) mit den angekündigten budgetären Kürzungen (ca. 40 Mrd USD vom Staatsbudgets von ca. 2090 Mrd. USD) bewerkstelligen lassen wird. Dabei sollen benötigte Rüstungsgüter durch Technologietransfers (Kampfflugzeuge *Rafale*, *Scorpene* U-Boote, etc.) im Land selbst gefertigt werden um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Verstärkte Kooperationen mit den USA, Frankreich, Indien, Israel und der Türkei sollen dazu dienen, die Brasilianischen Streitkräfte nachzurüsten, um den Neuen Bedrohungen besser begegnen zu können. Sicherheitspolitisch ist dabei auch die Grenzsicherung zu den Nachbarn gegen den verstärkten Schmuggel sowie Brasiliens Interesse an der Antarktis und den Schätzen des Amazonasgebietes nennenswert. Dies ist auch in der Forderung des brasilianischen Verteidigungsministers Amorim begründet, in dem er eine Aufstockung des Wehretats von aktuell 1,5 auf 2% des BIP fordert. Der künftige höhere Energiebedarf soll durch vier neue AKW bzw. Wasserkraftwerke abgedeckt werden, was einen Konflikt mit Umweltschützern heraufbeschwören kann. Eine gezielte Tourismusförderung für das Land an sich und hinsichtlich der Fußballweltmeisterschaft 2014 und den olympischen Sommerspielen 2016 kann neue Einnahmequellen erschließen. Eine stabile Innenpolitik mit konstantem Wirtschaftswachstum und einer besseren Umverteilung sowie die außenpolitischen Akzeptanz als *honest broker* sind dabei Herausforderungen, die künftig in Brasilien nicht mehr so leicht zu bewerkstelligen sein werden.

RUSSLAND

Analyse der letzten 6 Monate

Am 4. März fanden Präsidentenwahlen statt. Dem amtlichen Endresultat zufolge siegte Ministerpräsident Wladimir Putin mit 63,6% der Stimmen. Der Chef der Kommunistischen Partei (KPRF), Gennadij Sjuganow, kam auf 17,18%, der Milliardär Michail Prochorow auf 7,98%, der Ultrationalist Wladimir Schirinowski auf 6,22% und der ehemalige Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus des Parlaments), Sergej Mironow, auf 3,85%. Damit war keine Stichwahl erforderlich. Am 7. Mai wurde Putin als Präsident vereidigt, und am nächsten Tag wählte die Mehrheit der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) den nun bereits früheren Präsidenten Dmitrij Medwedjew zum neuen Ministerpräsidenten.

Am 9. Mai wohnte das in der russischen Öffentlichkeit vielfach „Tandem“ genannte Führungsduo Putin – Medwedjew in ihren neuen Funktionen der Militärparade auf dem Roten Platz im Zentrum von Moskau zur Feier des Jahrestages des Sieges der UdSSR im Zweiten Weltkrieg bei. Über 14.000 Soldaten nahmen teil; zudem wurden ballistische und andere Raketen, 1.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge und anderes Kriegsgerät gezeigt.

Am 21. Mai wurde die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt. Außenminister Sergej Lawrow, Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow und der für die Rüstungsindustrie zuständige Vizepremier Dmitrij Rogosin (ein nationalistischer Hardliner) behielten ihre Posten. Im Innenministerium löste der frühere Moskauer Polizeichef Wladimir Kolokolzew Raschid Nurgalijew ab. Zivilschutzminister Sergej Schojgu, der seit 1991 im Amt gewesen war, wechselte auf den Posten des Gouverneurs des Moskauer Gebiets; Wladimir Putschkow folgte ihm nach.

Die aktuelle Budgetplanung sieht nach Angaben russischer Medien bis 2014 eine erhebliche Zunahme der Ausgaben für die Posten „Nationale Verteidigung“ sowie „Nationale Sicherheit und Rechtsschutztätigkeit“ vor; dagegen sollen die Ausgaben für Bildung, Kultur und Gesundheit zurückgehen.

Bewertung der letzten 6 Monate

Die Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellte bei der Präsidentenwahl „ernsthafte Probleme“ fest. OSZE-Missionschef Tonino Picula erklärte, dass es keinen echten Wettbewerb gegeben habe. Die Bedingungen für die Präsidentenwahlen seien klar auf den damaligen Regierungschef Putin zugeschnitten

gewesen. Auch in Russland selbst wurde (wie bereits nach den Wahlen zur Staatsduma am 4. Dezember 2011) Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Resultate angemeldet. So kam es insbesondere in Moskau und St. Petersburg zu großen Demonstrationen, die aber auf die Behörden keinen Eindruck machten.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Bisher gibt es keine Hinweise, wonach Präsident Putin und die Regierung Medwedjew in der überschaubaren Zukunft in irgendwelchen bedeutenden Fragen oder Innen-, Außen- oder Sicherheitspolitik signifikante Änderungen gegenüber jenem Kurs vornehmen könnten, den der Kreml „unter Putin“ (also seit 1999) verfolgt hat.

Das betrifft auch und gerade die aktuelle Politik gegenüber Syrien (siehe dort) und dem Iran: Moskau hat sich klar auf die Unterstützung der derzeitigen Regimes in diesen Ländern festgelegt und dokumentiert das auch u.a. durch entsprechendes Abstimmungsverhalten im UNO-Sicherheitsrat sowie durch Waffenlieferungen. Auch in einer anderen für Moskau wichtigen Frage, einem von den USA bzw. der NATO geplanten Raketenabwehrsystem, zeichnet sich kein Wandel der russischen Position ab: Moskau verlangt einen Verzicht auf dieses System und drohte sogar in Gestalt von Verteidigungsminister Serdjukow und Generalstabschef Nikolaj Makarow offen mit der militärischen Zerstörung seiner Komponenten.

INDIEN

Analyse der letzten sechs Monate

Der Besuch von Asif Ali Zardari, dem ersten eines pakistanischen Präsidenten seit sieben Jahren, hat in Indien in den Beziehungen zum Erzrivalen Pakistan ein Signal der Entspannung gesetzt. Sowohl Washington als auch Peking begrüßten das Ereignis, das zur Stabilität in Südasien beiträgt. Wesentliche Streitfragen sind jedoch trotz des Bekenntnisses Zardaris und des indischen Premierministers Manmohan Singh zur weiteren Zusammenarbeit und Öffnung des pakistanischen Marktes für mehr Importe aus Indien noch immer nicht ausgeräumt. So wurde trotz beharrlicher Forderung Indiens der Führer der Islamistengruppe Lashkar-e-Taiba, Hafiz Saeed, der als Drahtzieher des Terroranschlages in Bombay (Mumbai) 2008 gilt, in Pakistan bislang nicht vor Gericht gestellt. Dass beide Staaten den eingeschlagenen Weg konstruktiver Beziehungen fortführen wollen, ist aber als Erfolg zu werten.

Die internationalen Sanktionen gegen den Iran wegen dessen Nuklearprogramm wirken sich auch auf Indien aus. Indien ist (nach China) der größte Abnehmer von iranischem Öl. Auf Druck der USA wird Indien nun mehr Öl von den arabischen Golfstaaten und aus Lateinamerika kaufen. Trotzdem ist der Iran weiterhin von zentraler Bedeutung für die Energieversorgung Indiens - ein Umstand, den Neu Delhi den USA deutlich gemacht hat.

Indien hat erfolgreich die Mittelstreckenrakete Agni („Feuer“) V getestet. Sie kann mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden. Damit steht Indien nun in einer Reihe mit anderen führenden Nuklearmächten: USA, Russland, China, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, die ebenfalls über solche Waffen verfügen. Der Test war vor allem ein Signal an die konkurrierende Regionalmächte China und Pakistan, das gleichzeitig ein enger Verbündeter und Rüstungslieferant Pakistans ist.

Bewertung der letzten sechs Monate

Die Kongress-Partei („*Indian National Congress*“), Indiens führende Partei, steht unter politischem Erfolgsdruck. Bei Regionalwahlen im Frühjahr waren die Ergebnisse enttäuschend: Rahul Gandhi, der mögliche nächste Premierminister nach den Wahlen 2014, konnte trotz persönlichen Einsatzes im bevölkerungsreichsten Staat, Uttar Pradesh, keinen Erfolg verbuchen.

Hoffnung wird in die Übernahme des Finanzministeriums durch Premierminister Singh gesetzt, der bereits zu Beginn der 1990er-Jahre als Finanzminister die Reform der indischen Wirtschaft eingeleitet hatte. Seine wesentlichen Aufgaben lauten, Staatsausgaben zu verringern und das Steuersystem sowie die Regelungen für ausländische Investitionen zu reformieren. Hilfreich für die Erholung der indischen Wirtschaft könnte die schwache Rupie sein, wodurch Indiens Exporte gestützt werden könnten.

Auch Indien hat mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum für 2012 liegt bei 7,5%, jedoch könnte sich dieses bedingt durch die bekannt schwerfällige Verwaltung, die von Korruption und Klientelinteressen gelähmt ist, noch reduzieren. Unter welchen Einschränkungen Indiens Wirtschaft nach wie vor leidet, wird an dem Umstand deutlich, dass es erst heuer internationalen Konzernen wie Adidas oder Ikea erlaubt wurde, Geschäfte in Indien zu eröffnen. Ausländische Supermarktketten, wie z. B. Tesco, die auch andere als Eigenprodukte verkaufen, haben nach wie vor keinen Marktzutritt – ein klarer Nachteil für den Wettbewerb und damit für die Konsumenten.

Der „Strategische Dialog“ im Juni zwischen Indien und den USA hat gezeigt, dass trotz allen Bekenntnissen zur Partnerschaft viele Differenzen existieren. Seit dem Nuklearabkommen von 2008, mit dem die USA Indien Zugang zu ihrer zivilen Nukleartechnologie gewährten, hofft Washington auf größeres politisches Entgegenkommen durch Neu Delhi. Indien war indes wenig nachgiebig – weder ging das Geschäft über 126 Kampffjets an einen US-Anbieter, noch konnten aufgrund der indischen Gesetzgebung über die Haftpflicht im Unglücksfall US-Unternehmen am Nuklearsektor Geschäfte machen. Bei den Jets gab es eine Vorentscheidung zugunsten der *Rafale* des französischen Herstellers Dassault – allerdings ist diese Beschaffung aufgrund finanzieller Engpässe fraglich.

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Nichtsdestotrotz ist das Interesse der USA an der Partnerschaft mit Indien hoch. Pakistan ist als Verbündeter wenig zuverlässig, und speziell in Afghanistan benötigen die USA nach dem Abzug der Truppen 2014 einen verlässlichen Partner, um einen Rückfall in Verhältnisse wie vor der Intervention von 2001 zu verhindern. Ebenfalls von hoher Bedeutung ist Indien als Gegengewicht zum immer mächtiger werdenden China. Die USA sehen daher hauptsächlich die langfristigen Perspektiven der Partnerschaft. US-Außenministerin Hillary Clinton sprach davon, dass die strategischen Leitlinien beider Länder die jeweiligen Interessen immer mehr zur Konvergenz brächten. Da stört es nicht, dass Indien wesentlich mehr Handel mit China als mit den USA betreibt: 2011: 74 Mrd. USD vs. 58 Mrd. USD. Um hier Verbesserungen zu bringen, soll ein Investitionsabkommen geschlossen werden.

An der indischen Staatsspitze steht ein Wechsel bevor. Kandidat der vom Kongress geführten Regierungskoalition („*United Progressive Alliance*“) ist der ehemalige Finanzminister Pranab Mukherjee. Wenn auch als Finanzminister zuletzt erfolglos, gilt er doch als erfahrener Politiker mit großer Reputation („Dada“). Das indische Staatsoberhaupt wird von einem Wahlkollegium, bestehend aus den Abgeordneten des Bundesstaates und der Einzelstaaten, gewählt. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse gilt seine Wahl als gesichert.

Mit dem Gesetz über den nationalen Anti-Korruptions-Ombudsmann („*Lokpal*“) steht die Entscheidung über eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen die ausufernde Korruption noch aus: . Das Unterhaus hatte die Vorlage bereits im Dezember 2011 passiert, nun fehlt noch die Zustimmung des Oberhauses. Der populäre Sozialaktivist Anna Hazare, der mittels Hungerstreiks für dieses Amt kämpfte, kritisiert die Regierungsvorlage als unzulänglich – Hauptvorwurf: die unzureichende personelle Ausstattung des Amtes.

CHINA

Analyse der letzten sechs Monate

Bei der Präsidentenwahl auf Taiwan konnte sich Amtsinhaber Ma Ying-jeou behaupten. Sein vorsichtiger, auf gute Kontakte mit der Volksrepublik bedachter Kurs hat ihm auch von außen Wohlwollen eingebracht. Seine Wiederwahl wurde in Peking und Washington begrüßt. Die USA sind an Stabilität an der Straße von Taiwan interessiert und werten dies für bedeutsamer als eine möglicherweise zu enge Bindung Taipehs an Peking. Ma's Partei (Kuomintang) setzte sich bei den Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit durch.

Fortgesetzt haben sich die Territorialstreitigkeiten Chinas mit den Philippinen und Vietnam im Südchinesischen Meer, wo von allen drei Staaten Gebietsforderungen erhoben werden. Vietnamesische Fischer sind in Gewässer um die Paracelus-Inseln eingedrungen. Peking warf Hanoi vor, die Fischer zu dem aus Sicht Chinas rechtswidrigen Verhalten ermuntert zu haben. Mit den Philippinen kam es im April zu Differenzen um das Scarborough Shoal, wo laut Manila chinesische Fischer unerlaubt fischten. Versuche, die Fischer zu verhaften, wurden durch rasch entsandte chinesische Schiffe vereitelt. Wie aufgeheizt die Lage ist, zeigen auch Stimmen in China, die fordern, dass die chinesische Marine den Philippinen eine Lektion erteilen solle. Peking beließ es schließlich bei einer geringfügigeren Vergeltung: ganze Schiffsladungen von philippinischen Bananen durften nicht gelöscht werden und verrotteten. China, als drittgrößter Handelspartner kann die Philippinen im ökonomischen Bereich empfindlich treffen, denn diese sind von China stärker abhängig als umgekehrt.

Innenpolitisch wurde China vom Skandal um das Politbüro-Mitglied und Parteichef von Chongqing, Bo Xilai, erschüttert. Bo, der als Kandidat für den Aufstieg an die Führungsspitze Chinas, das Ständige Komitee des Politbüros, galt, wurde aller Ämter enthoben, nachdem der ehemalige Polizeichef von Chongqing ins US-Konsulat von Chengdu geflüchtet war, weil er sich offensichtlich mit seinem früheren Chef überworfen hatte. Dadurch dürften Verfehlungen Bo's ans Tageslicht gekommen sein. Diese „Verfehlungen“ waren mehr ein Vorwand, um wenige Monate vor dem Wechsel an der Führungsspitze Chinas Weichenstellungen für den weiteren Weg des Landes vorzunehmen. In den Führungsrängen ist es offensichtlich zu massiven Differenzen zwischen Einzelnen bzw. Gruppierungen gekommen, über deren genaue Hintergründe nur spekuliert werden kann. Bo galt als „Hardliner“ und Kritiker der Reformen des gegenwärtigen Führungsduos Hu Jintao und Wen Jiabao. Sein Sturz könnte Zeichen für eine Fortführung des Kurses von Hu und Wen sein.

Bewertung der letzten sechs Monate

„Reformen“ bedeuten in China aber nach wie vor von der Obrigkeit angeordnete Maßnahmen. Von der Parteilinie abweichende Meinungen und Handlungen werden mit harten Sanktionen bestraft, wie der Fall des Dissidenten Chen Guangcheng gezeigt hat. Der Mann war im Anschluss an eine vierjährige Haftstrafe seit 2010 unter Hausarrest, verbunden mit diversen Schikanen. Im April floh er in die US-Botschaft in Peking, verließ die Botschaft jedoch bereits nach kurzer Zeit wieder, nachdem es Drohungen gegen seine Familie gegeben hatte. Angeblichen Garantien der chinesischen Regierung, die ihm auch ein Studium in seiner Heimat anbot, schenkte er keinen Glauben und verlangte seine Ausreise in die USA. Mit Unterstützung der US-Behörden konnte er schließlich nach New York fliegen, wo er Jus studieren wird. In China verbliebene Angehörige sind weiter staatlicher Verfolgung ausgesetzt: Chens Neffe wurde wegen Mordversuches inhaftiert; Dieser hatte sich nach eigenen Angaben aber bloß gegen brutale Attacken von Sicherheitskräften gewehrt.

Bei den Bemühungen, eine friedliche Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien zu erreichen, hat China lange das Regime von Präsident Bashar al-Assad gestützt. Gemeinsam mit Russland wurden zweimal Resolutionen des UN-Sicherheitsrates durch ein Veto verhindert. Die fortgesetzten Kämpfe in Syrien setzten China mit der Zeit unter Druck, da die von Peking gewählte Vorgangsweise offensichtlich nicht zum gewünschten Erfolg einer Beendigung des Bürgerkrieges führte und Chinas außenpolitische Kompetenz dadurch auf den Prüfstand gestellt wurde. China unterstützte daher in Folge den Friedensplan von Kofi Annan und die UN-Sicherheitsratsresolution 2042 über die Entsendung von Beobachtern nach Syrien.

Peking ist aber streng darauf bedacht, dass in Syrien möglichst wenig Einmischung von außen stattfindet und die Souveränität so weit als möglich geachtet wird.

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Die kommenden Monate stehen ganz im Zeichen des Machtwechsels an der Führungsspitze Chinas. Vizepräsident Xi Jinping soll im Herbst von Hu Jintao das Amt des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei übernehmen und nächstes Jahr auch Staatspräsident werden. Li Keqiang, derzeit Vizepremier, dürfte Wen Jiabao als Ministerpräsident nachfolgen.

In Vorbereitung auf ihre neuen Ämter haben beide Reisen zu den wichtigsten Partnern Chinas unternommen. Xi besuchte die USA, wo er mit der Regierungsspitze zusammentraf. Er mahnte dabei die Berücksichtigung chinesischer Interessen ein – ein Punkt, der in Zusammenhang mit dem stärkeren Engagement der USA im asiatisch-pazifischen Raum steht. Li besuchte die EU-Hauptstadt Brüssel und das Partnerland Russland, wo der Wechsel von Wladimir Putin ins Amt des Präsidenten bevorstand.

Mit Russland begeht China heuer den zehnten Jahrestag der Gründung der *Shanghai Cooperation Organization*. Ihr gehören weiters Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan und Usbekistan als Mitglieder an. Beim Gipfeltreffen in Peking legte China einen Plan für die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren vor. Sicherheit wird dabei eine große Rolle spielen. Die Partnerstaaten machten klar, dass die Organisation ein allfälliges Sicherheitsvakuum in Afghanistan ab 2014 nicht ausfüllen könne. Auch der Kampf gegen den Terrorismus wird weiter eine große Rolle spielen.

China hat trotz hohen Wachstums mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Einige Indikatoren deuteten auf eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums hin, wenngleich für das erste Quartal eine Steigerung auf 8,1% verzeichnet wurde. Premierminister Wen kündigte daraufhin eine Reihe von Gegenmaßnahmen, wie ein erhöhtes Kreditvolumen für Infrastrukturprojekte, Steuererleichterungen, mehr Kredite für Klein- und Mittelbetriebe und Programme zur Ankurbelung des Konsums, an.

Konferenzen und Abkommen

48. Münchner Sicherheitskonferenz

Vom 3. bis 5. Februar fand - vor dem Hintergrund der letztlich gescheiterten Resolution zu Syrien - die 48. Münchner Sicherheitskonferenz statt. Auf der Tagesordnung der Konferenz mit 350 Teilnehmern und 200 Beobachtern standen wie 2011 die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen, Fragen der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle sowie *Cybersecurity*. Neu thematisiert wurden die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt, Fragen der Energie- und Ressourcensicherheit in Kombination mit der Umwelt sowie das Verhältnis der USA und Europas zu Asien und dem Nahen Osten.

Zentrale Themen und Ergebnisse der Konferenz:

Die USA wollen trotz ihrer strategischen Neuausrichtung auf Asien an der engen Zusammenarbeit mit Europa festhalten. Trotz der Aufwertung des pazifischen Raums bleibe Europa der wichtigste Partner. Dies werde unterstrichen durch geplante Investitionen der USA in eine gemeinsame Raketenabwehr in Europa und der verstärkten Unterstützung der USA bei der NATO *Response Force* (NRF). In den nächsten Monaten wird eine US-amerikanische Brigade für die NRF bereitgestellt.

Die USA forderten im Gegenzug, dass jedes NATO-Mitgliedsland weiterhin in seine Verteidigungsfähigkeit investiert und somit auch in die Fähigkeiten der NATO (nach den Vorstellungen der USA ca. 3% des BIP).

Deutschland erklärte, dass Europa mit der verstärkten strategischen Ausrichtung der USA auf den pazifischen Raum zukünftig mehr für seine eigene Sicherheit unternehmen müsse. Europa solle in der Lage sein, auch militärisch die Verantwortung für sich selbst und für die Sicherheit in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu übernehmen.

Die Diskussion über Energie, Ressourcen und die Umwelt wurde beinahe ausschließlich über die Ausweitung der Versorgungssicherheit Europas mit Gas aus Russland und aus Aserbeidschan geführt. Über die generelle Ressourcenverknappung, den Klimawandel und deren sicherheitspolitische Effekte wurde hingegen kaum diskutiert.

Im Rahmen der Konferenz wurden auch zwei Konzepte präsentiert: Dasjenige der *Euro Atlantic Security Initiative* (EASI), welches die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kooperation zwischen der NATO und Russland hinsichtlich eines Raketenabwehrsystems behandelt. Hierzu zählt EASI vor allem:

- Die beteiligten Partner müssen sich über die gemeinsame Bedrohung einig werden, gegen welche ein Raketenschutzschild schützen soll. Sie muss real sein und jeder Beteiligte muss überzeugt sein, dass sie seine eigenen Sicherheitsinteressen berührt;
- Die beteiligten Partner müssen daran glauben, dass eine Kooperation einen wirklichen Beitrag zur Verringerung dieser Bedrohung beisteuert;
- Ein kooperatives Raketenabwehrschild muss Spannungen und Misstrauen zwischen den Partnern überwinden helfen und eine neue euro-atlantische Sicherheitsgemeinschaft bilden. Auf politischer Ebene sind zurzeit jedoch keine signifikanten Fortschritte zu erkennen und es sieht nicht so aus, dass eine Einigung in Bälde erzielt werden könnte.

Die Gruppe "*Global Zero*" stellte mit ihrem NATO-*Russia Commission Report* Vorschläge zur weiteren nuklearen Abrüstung vor. In diesem wird ein Abzug aller taktischen US-amerikanischen und russischen Nuklearwaffen aus Europa gefordert.

Wie in den vergangenen Jahren gab es in München Proteste gegen die Sicherheitskonferenz. Die Polizei sprach von rund 1.400 Demonstranten, die Veranstalter von 3.000. Grundsätzlich bilanzierten Teilnehmer zur Konferenz: „Zu viele Themen, zu wenig Antworten“.

Der NATO-Gipfel von Chicago

Erstmals seit der Verabschiedung des neuen Strategischen Konzeptes in Lissabon im November 2010 hat die NATO am 20. und 21. Mai einen großen Gipfel abgehalten – dieses Mal in Chicago. Kernthemen des Gipfels waren die Lage in Afghanistan, der Aufbau neuer militärischer Fähigkeiten sowie die Vertiefung von Partnerschaften. In Chicago wurden

neben der Gipfelerklärung folgende drei Erklärungen verabschiedet: die *Deterrence & Defence Posture Review*, die *Summit Declaration on Defence Capabilities: Toward NATO Forces 2020* sowie die *Chicago Summit Declaration on Afghanistan*. Die Sicherheit in Zentralasien bleibt folglich ein Hauptanliegen der NATO. So wurde die Mongolei neues Teilnehmerland der Partnerschaft für den Frieden.

Primäres Ziel der Allianz ist es weiterhin, die Territorien ihrer Mitgliedstaaten zu sichern und vor allem gemäß Artikel 5 des Gründungsvertrages mit effizienten Mitteln und Fähigkeiten zu verteidigen. Die NATO betrachtet jedoch kein Land als Feind, Abschreckung soll als Kernelement der kollektiven Verteidigung ausgebaut werden. Die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Angriffs bleibt aus NATO-Sicht niedrig. Regionalkonflikte, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie der Terrorismus stellen große Bedrohungspotenziale dar, ebenso wie „aufstrebende Mächte“, die bestrebt sind, sich moderne Kapazitäten anzueignen. Grünes Licht gab die NATO für die „*Interim Capability*“ des Raketenschuttschirms. In einer ersten Phase wird es möglich sein, in einem begrenzten Radius Raketen mittels einer Radarstation in der Türkei und durch Systeme abzuwehren, die auf einem US-Raketenabwehrkreuzer der AEGIS-Klasse installiert sind. Abwehrsysteme werden jedoch noch nicht auf dem Festland stationiert werden, dies ist nach dem US-Programm erst für die zweite Phase 2013 bis 2015 für Rumänien, danach auch für Polen vorgesehen. Die USA werden also ihren „*European Phased Adaptive Approach*“ dem NATO-Abwehrsystem zur Verfügung stellen. Es handelt sich bei der „Anfangsfähigkeit“ der NATO-Raketenabwehr lediglich um den Beginn einer langwierigen Entwicklung operativ einsetzbarer Systeme, der Schuttschirm soll bis 2020 aufgespannt sein. Russland fühlt sich dadurch bedroht, die NATO hatte jedoch mehrmals betont: „*NATO missile defence is not oriented against Russia*“. Gegen die Vielzahl russischer Raketen könnte der geplante Raketenabwehrschirm zudem sowieso keinen Schutz bieten. Es bleiben also noch Jahre Zeit für Verhandlungen über eine seitens der NATO mit Russland beabsichtigte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Nach Angabe der NATO sollen dadurch mögliche Raketenangriffe von Staaten wie dem Iran abgewehrt werden. Vizeverteidigungsminister Anatoli Antonow forderte unmittelbar vor Beginn des NATO-Gipfels Sicherheitsgarantien für Russland. Die NATO strebt diesbezüglich eine umfassende Kooperation mit Russland sowie auch mit weiteren Drittstaaten auf „*Fall-zu-Fall-Basis*“ an.

Der neue Spardruck wirkt sich auch stark auf den Aufbau militärischer Fähigkeiten aus. Am 20. Mai unterzeichneten die NATO-Staaten einen Vertrag über ein neues gemeinsames Bodenüberwachungssystem mit Hilfe unbemannter Drohnen. Die Milliardenkosten wollen sich die Mitglieder teilen. Die NATO-Kommandostrukturen sollen bis 2016 schlanker und effizienter werden. „*Smart Defence*“ lautet das Schlagwort der NATO: mehr Sicherheit für weniger Geld durch Angleichung bzw. gemeinsamen Ankauf von wirksamen Mitteln und Fähigkeiten und intensive Kooperation bei der Ausbildung. Mehr als 20 Kooperationsprojekte hat die NATO derzeit ins Leben gerufen. Zudem beweisen die Einsätze in Afghanistan und in Libyen (2011): die USA ist mehr denn je auf Verbündete angewiesen, die Verbündeten mehr denn je auf die USA.

G-20 Gipfel in Los Cabos (Mexiko)

Vom 18. bis 19. Juni fand der siebte G-20-Gipfel der führenden Industrie- und Schwellenländer im mexikanischen Los Cabos statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen neben der Staatsschuldenkrise und der Situation in Griechenland auch Maßnahmen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft, eine weitere Regulierung der Finanzmärkte, Bemühungen um einen freien Welthandel und Beschlüsse zur Entwicklung ärmerer Länder. Zu Beginn gab es heftige Kritik von Seiten der USA am Krisenmanagement der europäischen Staaten hinsichtlich der Finanzkrise. Aber auch China, Indien und Südkorea mahnten in der Schuldenkrise rasch zu handeln, um Gefahren für die Weltwirtschaft abzuwenden.

In der Abschlusserklärung wird festgehalten, dass die Euro-Zone in der Pflicht sei, die Finanzmärkte zu beruhigen, Vertrauen zurückzugewinnen und Wachstum zu schaffen. Ebenso wird darauf verwiesen, dass die Mitglieder der Eurozone in der G-20 alle notwendigen politischen Maßnahmen ergreifen werden, um die Integrität und Stabilität des Währungsraums zu sichern. Weiters einigten sich die Gipfelteilnehmer, keine neuen

Maßnahmen zu ergreifen, um die eigenen Märkte von Waren und Dienstleistungen abzuschotten. Erstmals hatte sich die G-20 beim Gipfel in Cannes 2011 auf dieses sogenannte Stillhalteabkommen verständigt.

Frankreich und Deutschland hatten sich ursprünglich für eine europaweite Finanztransaktionsteuer eingesetzt. Dies scheiterte bisher aber am Widerstand unter anderem aus dem Vereinigten Königreich. Daher dürfte diese nur in einigen Staaten kommen.

Am Rande des Gipfeltreffens wurde auch vereinbart, die Mittel des IWF um insgesamt 456 Mrd. US-Dollar aufzustocken. Im Frühjahr waren zunächst zusätzliche bilaterale Kredite von IWF-Mitgliedsländern von insgesamt 430 Mrd. US-Dollar zugesagt worden. Insgesamt erhöhten sich damit die Mittel des IWF auf mehr als eine Billion US-Dollar. China wird 43 Mrd. Dollar zu den Krisenreserven beisteuern. Die BRICS-Staaten hatten sich vor dem G-20-Gipfel darauf verständigt, ihre Beiträge zum IWF zu erhöhen. Sie wollen die zusätzlichen Mittel jedoch an Reformen des Fonds knüpfen, die den Schwellenländern mehr Mitsprache ermöglichen sollen.

UN-Weltnachhaltigkeitsgipfel „Rio+20“ in Rio de Janeiro (Brasilien)

Vom 20. bis 22. Juni fand der UN-Weltnachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro (Rio+20) statt. An diesem nahmen mehr als 50.000 Besucher, darunter etwa 100 Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Minister, teil. Bereits im Vorfeld heftig diskutiert und am Gipfel behandelt wurde vor allem der Themenbereich "*Grüne Wirtschaft*". Bereits bei den Vorverhandlungen in New York hatte sich abgezeichnet, dass es diesbezüglich unterschiedlichste Ansichten gibt. Noch ehe die Konferenz offiziell begonnen hatte, verkündete Brasilien, dass die Schlusserklärung des Gipfels fertig sei und auch nicht mehr verändert werde. Auf diese Weise wollte Brasilien ganz offensichtlich verhindern, dass der Gipfel ohne unterschriebene Abschlusserklärung zu Ende geht, wie dies etwa bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 geschehen war. Auch wenn diese Vorgangsweise für heftige Kritik sorgte, wurde die 49-seitige Abschlusserklärung mit dem Titel "*Die Zukunft, die wir wollen*" am letzten Tag der Konferenz doch von den an der Konferenz verbliebenen Staats- und Regierungschefs unterzeichnet. Überaus bemerkenswert ist, dass nur ca. 30% des Textes akkordiert wurde. Grundsätzlich sind in der Erklärung keine konkreten Ergebnisse und Ziele enthalten.

So fehlen beispielsweise verbindliche Auflagen für Unternehmen, etwa zur Einhaltung von Menschenrechten ebenso wie Beschlüsse zu einem Entwaldungsstopp für Tropenwälder, einem Schutz der Meere außerhalb der Hoheitsgebiete oder für die Abkehr von Kohle- oder Atomkraft. Auch konnte man sich nicht darauf einigen, einen Nachhaltigkeitsfonds für die Länder des Südens einzurichten; dieser wird, wenn überhaupt, erst 2014 kommen.

Der Gipfel und dessen Ergebnis wurden von vielen teilnehmenden Regierungsmitgliedern, Internationalen Organisationen, vor allem aber den Nichtregierungsorganisationen heftig kritisiert. So bezeichnete der WWF den Gipfel „*als eine Schande für kommende Generationen*“.

Beim Gipfel zeigten sich zwei grundsätzliche Trends: Erstens, die Schwellenländer zeigen zusehends Selbstbewusstsein und lehnen dementsprechend auch Verpflichtungen ab, die ihren eigenen Aufholprozess verlangsamten würden. Die Industrieländer ihrerseits sind ebenfalls immer weniger bereit, allein alle Wettbewerbsnachteile etwa durch den Klimaschutz auf sich zu nehmen. Bei den großen UN-Konferenzen ist darüber hinaus grundsätzlich Einstimmigkeit bei allen Beschlüssen vorgesehen. Hierdurch kann jedes einzelne Mitglied durch ein Veto blockieren, sodass sehr oft Kompromisse auf niedrigem Niveau gesucht werden. Daher wird seit einigen Jahren diskutiert, ob UN-Konferenzen tatsächlich das richtige Instrument zur Entscheidungsfindung sind.

Hot Spots

Afghanistan/Pakistan (AFPAK)

Die ISAF-Mission der NATO soll mit 31. Dezember 2014 abgeschlossen sein und danach soll Afghanistan „nicht alleine stehen“. Ziel ist es weiterhin, Afghanistan umfassend sicherheitspolitisch aufzubauen und in der Region zu stärken. Afghanistan soll nie wieder, so der Tenor, ein Land werden, das durch Terrorismus sich selbst, „die Region und die Welt bedroht“. Frankreichs neuer Präsident François Hollande bekräftigte beim NATO-Gipfel in Chicago sein Wahlkampfversprechen, die 3.100 französischen Soldaten nicht erst Ende 2014, sondern bereits Ende 2012 aus Afghanistan abzuziehen. Bis spätestens Mitte 2013 sollen die afghanischen Sicherheitskräfte vollständige Kontrolle über ihr Land erlangen. Gemäß der in Lissabon 2010 unterzeichneten Andauernden Partnerschaft soll die ISAF von einer Kampfmission ab 2015 in eine neue Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission übergehen. Für Sicherheit am Hindukusch sorgen sollen ab Januar 2015 ausschließlich die afghanischen Sicherheitskräfte. Die Stärke der afghanischen Streitkräfte soll im Oktober 2012 195.000 Mann umfassen. Die internationale Geldspritze für die afghanischen Sicherheitskräfte sollte sich auf 4,1 Mrd. US-Dollar pro Jahr belaufen. Österreich hatte sich in Chicago bereit erklärt, von 2014 bis 2016 die afghanische Polizei mit 18 Mio. Euro zu unterstützen. Bis 2024 soll Afghanistan seine Sicherheitskräfte aus eigenen Mitteln finanzieren können.

Iran - Atomprogramm

Anfang Januar kündigte der Iran an, die Anlage in Fordo in Betrieb zu nehmen. Sie eigne sich für die Anreicherung von Uran auf 3,5%, 4% und 20%. Am 23. Januar beschloss die EU umfassende Wirtschaftssanktionen, die sich unter anderem gegen die Erdölindustrie und die Zentralbank des Iran richten. In deren Rahmen ist am 1. Juli 2012 insbesondere ein Ölembargo in Kraft getreten; für diesen Fall hatte der Iran bereits Ende Dezember 2011 eine Sperre der Straße von Hormus angedroht. Vom 29. bis zum 31. Januar war eine Delegation der IAEA im Iran, die die Anlage in Fordo jedoch nicht besuchen konnte.

Mitte Februar präsentierte Ahmadinejad drei neue Atomprojekte des Iran: Einen Forschungsreaktor in Teheran mit im Iran gefertigten Brennstäben, eine Anlage zur Urananreicherung in Natanz, wo Uran auf 20% angereichert werden soll, sowie der Bau neuer Zentrifugen, die Uran deutlich schneller als ältere Modelle anreichern können.

Bei einem weiteren Besuch der IAEA Ende Februar 2012 verweigerten iranische Behörden den Zugang zu der Militäranlage Parchin südöstlich von Teheran. IAEA-Direktor Amano äußerte, man habe in konstruktiver Weise über einen Zugang zu Parchin verhandelt, aber keinen Erfolg gehabt. Der Iran erklärte hingegen kurz darauf, dass die Inspektoren nach Wien hätten zurückreisen müssen, bevor die Verhandlungen über die Modalitäten einer Inspektion von Parchin abgeschlossen waren. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass eine Besichtigung von Militäranlagen nach dem IAEA-Status nicht vorgesehen ist. Für ein Entgegenkommen Irans in dieser Frage müsse zunächst eine rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Vor dem Hintergrund einer militärischen Operation Israels gegen die iranischen Atomanlagen fanden nach fünfzehnmonatiger Unterbrechung vom 13. und 14. April in Istanbul wieder Gespräche zwischen der 5+1 Gruppe und dem Iran statt. Die Verhandlungen in Istanbul seien konstruktiv verlaufen, sagte die EU-Außenbeauftragte Ashton. Ziel sei nun, den Streit um das iranische Atomprogramm "*Schritt für Schritt*" beizulegen. Grundlage der Gespräche solle der Atomwaffensperrvertrag sein, wobei die 5+1 Gruppe das Recht Irans auf die friedliche Nutzung der Atomenergie achten werde. Auch der iranische Unterhändler Jalili äußerte sich nach dem Treffen positiv; es habe trotz unterschiedlicher Meinungen Fortschritte gegeben.

Vom 14. bis 15. Mai wurde in der iranischen Botschaft in Wien mit der IAEA über die Bedingungen verhandelt, unter denen die IAEA-Kontrollure im Land arbeiten können. Konkret ging es vor allem um Kontrollbesuche in Parchin. Grundsätzlich will der Iran

Kontrollen nur zustimmen, wenn auch eine Einigung über die Modalitäten der künftigen Zusammenarbeit mit der IAEA erreicht wird.

Am 23. Mai fanden weitere Gespräche der 5+1-Gruppe in Bagdad statt. Die Verhandlungen drohten im Vorfeld zu scheitern, da der Iran betonte, er werde die Urananreicherung niemals stoppen, zudem sehe er keinen Grund, die Atomanlage in Fordo zu schließen. Hierzu gäbe es keine Rechtfertigung, da die Anlage von der IAEA überwacht werde. Ashton sagte kurz nach dem Beginn der Gespräche, der Iran solle insbesondere davon abgebracht werden, Uran auf 20% anzureichern. Von dieser Schwelle an ist es vergleichsweise einfach, den Kernbrennstoff auf waffentaugliche 90% anzureichern. Für die Stromgewinnung werden 5% benötigt. Im Gegenzug hatte man dem Iran unter anderem die Lieferung von medizinisch nutzbaren Isotopen und dringend benötigten Ersatzteilen für iranische Flugzeuge sowie eine Kooperation in der Atomsicherheit angeboten. Der Iran zeigte sich mit den Gesprächen nicht zufrieden: Die Vorschläge hätten nichts Neues beinhaltet, sie seien unausgewogen und daher nicht nützlich gewesen. Die iranische Seite wies auch Vorschläge für eine baldige Rückkehr der internationalen Inspektoren in die iranischen Atomanlagen zurück. Die iranische Agentur Irna beschrieb die westlichen Vorschläge als "*kleinkariert*". Dagegen sei das eigene Lösungspaket "*neu und umfassend*". Ashton betonte nach den Gesprächen, dass es klar sei, dass beide Seiten Fortschritte wollten und dass es Gemeinsamkeiten gäbe. Jedoch blieben noch "*bedeutende Meinungsverschiedenheiten*" bestehen. Im Endeffekt konnten keine Ergebnisse erzielt werden. Vereinbart wurde lediglich, die Gespräche am 18. und 19. Juni in Moskau fortzusetzen. Ahmadinedschad meinte diesbezüglich jedoch, dass er dort "kein Wunder" erwarte.

Vor den Gesprächen in Moskau kündigte der Iran an, an seinem Atomprogramm festzuhalten. So solle die umstrittene Urananreicherung nicht ausgesetzt werden. Teheran habe keinen Grund, die Anreicherung auf 20% zu stoppen. Das Uran werde für einen Forschungsreaktor benötigt. Zudem wurde bekannt, dass Iran ein zweites Atomkraftwerk errichten will. Die Bauarbeiten sollen schon im kommenden Jahr im südlichen Buschehr beginnen. Das neue Atomkraftwerk soll eine Leistung von 1.000 Megawatt haben. Ob Russland auch am Bau des neuen Kraftwerks beteiligt, ist unbekannt.

Schließlich untersagte die iranische Regierung internationalen Kontrolleuren weiter den Zugang zu der Atomanlage Parchin. Die IAEA befürchtet, dass der Iran zwischenzeitlich verdächtige Spuren eines möglichen Atomwaffenprogramms in Parchin beseitigen könnte. In Parchin seien lange keine besonderen Aktivitäten beobachtet worden, jetzt aber gebe es rund um die Gebäude so viel Betrieb, dass der Verdacht bestehe, eine wirksame Überprüfung solle verhindert werden. Satellitenbilder zeigten, wie in Parchin Gebäude abgerissen worden seien; zudem sei Boden abgetragen worden. Die Fotos wurden zwischen dem 5. und 25. Mai aufgenommen.

Ein weiteres Treffen der IAEA und dem Iran am 8. Juni in Wien blieb ergebnislos. Bei dem Treffen wurde über eine Vereinbarung verhandelt, die die Modalitäten künftiger Inspektionen regeln soll. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden, ein Termin steht allerdings noch nicht fest. Vor den Gesprächen hatte China den Iran zu mehr Flexibilität aufgefordert. China befürworte eine Lösung durch Dialog. Der Iran beharrt jedoch nun darauf, dass Themen, zu denen er bereits einmal Auskunft gegeben hat, nicht wieder geöffnet werden dürften. Zudem wolle man grundsätzlich keine Auskunft zu ausländischen Bezugsquellen für Nukleartechnologie geben.

Kurz vor den Gesprächen in Moskau gab die iranische Führung bekannt, dass sie damit einverstanden sei, über einen Vorschlag zur Einschränkung der Urananreicherung zu sprechen und versicherte, auf die Fragen der 5+1 Gruppe einzugehen. Zuvor waren Gerüchte im Umlauf, wonach der Iran sich zu diesem Thema überhaupt nicht äußern wolle.

Am 13. Juni gab der stellvertretende iranische Marinechef bekannt, dass der Iran atomgetriebene U-Boote entwickeln wolle. Diese würden für den Plan benötigt, dauerhaft in freien Gewässern präsent zu sein sowie auch für „*weiter entfernt liegende Einsätze*“. Weder das Verteidigungsministerium noch die Revolutionären Garden haben diese Aussagen bestätigt.

Am 18. Juni setzte eine neue Verhandlungsrunde zwischen der 5+1 Gruppe und dem Iran in Moskau ein. Kurz nach Eröffnung der Gespräche standen diese vor einem Abbruch, weil

beide Seiten auf ihren Positionen beharrten. Die EU weigerte sich, ihre Sanktionen gegen Teheran aufzuheben. Das beschlossene Öl-Embargo ist wie geplant am 1. Juli in Kraft getreten. Zudem drängt die 5+1-Gruppe den Iran erneut dazu, die umstrittene Urananreicherung auf 20% einzustellen und Inspektionen in Parchin zuzulassen. Auch der Iran beharrte weiter auf seiner Position: Man müsse das Recht des Irans auf ein ziviles Atomprogramm anerkennen, dazu gehöre auch die Frage der Urananreicherung. Am 19. Juni gingen die Gespräche, wie sich bereits abgezeichnet hatte, ohne Ergebnis zu Ende, da die Standpunkte zu weit auseinander lagen. Für den 3. Juli wurde ein neues Treffen auf Expertenebene in Istanbul angesetzt. Erst nach diesem Treffen sollen wieder politische Kontakte stattfinden. Von Seiten des Irans wurde bekannt gegeben, dass Gespräche in der gegebenen Konstellation nicht länger als zielführend angesehen werden. Als Alternative wurde angedacht, dass sich der Iran zu direkten Verhandlungen mit Russland und den USA ohne eine Beteiligung der EU treffen könnte.

Russland und Syrien

In Syrien verteidigt Russland laut Außenminister Sergej Lawrow (wörtlich) „nicht das Regime, sondern Gerechtigkeit und das souveräne Recht des syrischen Volkes auf eine friedliche demokratische Wahl der Regierung, die es sich wünscht“. Zudem, so Lawrow, wolle Moskau in Syrien die „Chancen auf Stabilität in der Region und die Standhaftigkeit in der islamischen Welt sowie das Völkerrecht“ schützen.

Russland stimmte am 1. Juni (zusammen mit China und Kuba) im UNO-Menschenrechtsrat gegen eine Resolution, die die syrische Regierung nach dem Massaker an über 100 Zivilisten in der Ortschaft Hula wenige Tage zuvor verurteilte. Der russische Vertreter kritisierte das Dokument, da es eine „einseitige Schuldzuweisung“ an die Führung von Präsident Assad enthielte.

Russland hat nie in Abrede gestellt, auch während bzw. ungeachtet der seit Anfang 2011 laufenden bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Syrien Waffen an das Regime zu liefern.

Syrien ist das einzige Land außerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), in dem Russland – und zwar in Gestalt einer kleinen Marinebasis in Tartus – über einen Militärstützpunkt verfügt.

Die russische Wahrnehmung der Syrien-Krise unterscheidet sich grundsätzlich von der in der EU oder in Nordamerika dominierenden: Aus Moskauer Sicht gehe es nicht um „das Regime“ (Assads), das militärisch gegen „das Volk“ vorgehe, sondern „Terroristen und Aufständische“, die gegen die „legitime Macht“ (eben Assads) aufbegehren.

Moskau sehe keinen Grund, seine Rüstungslieferungen an das Regime zu stoppen, da es kein internationales Waffenembargo gäbe. – Ein solches könnte aber nur der UNO-Sicherheitsrat verhängen, und eine entsprechende Initiative würde Moskau zweifellos mit seinem dortigen Vetorecht stoppen. – Russland ist mit Abstand Syriens wichtigster Waffenlieferant. Das Regime kommt so an Kriegsgerät (Handfeuerwaffen, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, Panzerabwehrwaffen, Luftabwehrsysteme, Anti-Schiffs-Raketen usw.), um sowohl die bewaffnete Opposition zu bekämpfen als auch sich einer theoretisch möglichen, sich bisher aber nicht abzeichnenden internationalen Intervention von außen zu widersetzen.

In Tartus legten in den vergangenen Monaten immer wieder russische Kriegsschiffe an, was vielfach als Zeichen der Unterstützung für Assad interpretiert wurde.

Russland hatte durch seine Enthaltung bei der Abstimmung über die Resolution 1973 im März 2011 im UNO-Sicherheitsrat eine Flugverbotszone in Libyen ermöglicht, die zweifellos entscheidend für den Sturz von Machthaber Muammar Al-Gaddafi einige Monate später war; das hat Moskau aber offenkundig „bereut“. Daher dürfte es einer ähnlichen Flugverbotszone in Syrien (oder anderen Maßnahmen gegen das Regime) kaum zustimmen.

Analysen des Moskauer „Centrums zur Analyse von Strategien und Technologien“ (CAST), einem in der russischen Rüstungsbranche gut vernetzten *Think Tank*, kommen zu dem Schluss, dass allein 2012 russische Waffentransporte nach Syrien in einem Volumen von 500 Mio. Dollar ausstehen.

Studien und Berichte

Freedom House Index 2012

Freedom House erstellt seit 1973 einen jährlichen Bericht, „*Freedom in the World*“, in dem der Grad an Demokratie und Freiheit 195 in Staaten und Territorien bewertet wird. Die politischen Rechte und die bürgerlichen Freiheiten werden dabei auf einer Skala von „frei“ (1-3,0) über „teilweise frei“ (3,0-5,5) bis „unfrei (5,5-7) bewertet.

Gemäß *Freedom House Index 2012*, der Ende Jänner veröffentlicht wurde, belief sich im Jahr 2011 die Zahl der Länder die als „frei“ einzustufen sind, auf 87; es sind dies rund 45% der untersuchten Staaten und Territorien. Die Anzahl der freien Staaten änderte sich im Vergleich zum Vorjahr nicht. Rund 43% aller Menschen leben in freien Staaten bzw. Territorien. 60 Staaten (31%) wurden als „teilweise frei“ klassifiziert; in ihnen leben rund 22% der Menschheit. Auch die Zahl der „teilweise freien“ Staaten änderte sich im Vergleich nicht. Insgesamt wurden 48 Staaten (24%) als „nicht frei“ eingestuft. Ca. 35% aller Menschen leben in Staaten, die als „nicht frei“ eingestuft werden. Mehr als die Hälfte davon leben in einem Land: China. Die Zahl der „nicht freien“ Staaten stieg um einen Staat; dies ist darauf zurückzuführen, dass der neue Staat Südsudan als „nicht frei“ klassifiziert wurde. Tunesien wurde 2011 nunmehr als „teilweise frei“ (2010 „nicht frei“) klassifiziert, Gambia hingegen wird nunmehr als „nicht frei“ (2010: „teilweise frei“) bezeichnet.

Die Zahl der Demokratien erhöhte sich um zwei und liegt nun bei 117. Drei Staaten wurde, auf Grund von Wahlen die stattgefunden hatten, der Status einer „Wahldemokratie“ zuerkannt: Niger, Thailand und Tunesien. Nicaragua wurde hingegen dieser Status aberkannt.

Grundsätzlich stellt der Report auf globaler Ebene fest, dass auch im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr in vielen Staaten Verschlechterungen, vor allem in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit oder bürgerlicher Rechte, zu verzeichnen sind. 26 Staaten verschlechterten sich, während sich nur 12 verbesserten. Der Report betont ausdrücklich, dass diese Entwicklung bereits zum sechsten Mal in Folge beobachtet werden kann. Die bemerkenswertesten Verbesserungen sind, so der Report, in Tunesien, Ägypten und Libyen sowie in Myanmar, Singapur und Thailand zu beobachten. Dennoch wurden Myanmar, Ägypten und Libyen als „nicht frei“ klassifiziert. In Nahen Osten werden auch die meisten Verschlechterungen registriert. Genannt werden vor allem Bahrain, Iran, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Jemen. Verschlechterungen wurden auch in verschiedenen Zentral- und Osteuropäischen Ländern, wie Albanien, Aserbaidschan, Ungarn, Kasachstan und der Ukraine, festgestellt.

Ausführlich wird im Report auf den „Arabischen Frühling“ und dessen Auswirkungen eingegangen. Ob die Ereignisse von 2011 zu einer wirklichen Verbesserung in Richtung Demokratisierung führen werden, bleibt, folgt man dem Report, noch abzuwarten.

Freedom House Index 2012: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012>

Europol TE-SAT 2012

Ende April legte Europol den jährlich erscheinenden EU *Terrorism Situation and Trend Report* (TE-SAT) für das Jahr 2011 vor. Auch wenn terroristische Aktivitäten zurückgegangen seien, seien Terrorismus und gewalttätiger Extremismus auch weiter eine Bedrohung. Besonders warnt Europol vor der Zunahme von Einzeltätern und streicht die Bedeutung des Internets für terroristische Aktivitäten heraus.

Einige wichtige Erkenntnisse aus dem Bericht:

Insgesamt wurden in den EU-Ländern nach Europol im Jahr 2011 174 terroristische Angriffe verübt. 484 Terrorverdächtige sind festgenommen und 316 verurteilt worden.

Allein 110 Angriffe werden separatistischen Terrorgruppen in Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich zugeschrieben; in diesem Kontext wurden 247 Personen

festgenommen. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Mitglieder der ETA und korsische Separatisten, aber auch Personen aus dem Umkreis der irischen CIRA und RIRA oder der kurdischen PKK. Linke und anarchistische Gruppen haben 37 Terroranschläge ausgeführt. Hingewiesen wird auf die Brandanschläge auf die Bahn in Berlin und auf die zunehmende Gewalt zwischen antifaschistischen und rechten Gruppen.

Daneben gebe es einen wachsenden "*single-issue*"-Terrorismus von militanten Tier- und Umweltschützern, Atomenergie- oder Gentechnik-Gegnern, die bislang weniger beachtet würden, weil viele Vorfälle gar nicht erst gemeldet werden.

Betont wird, dass der rechtsextremistische Terrorismus zunehme und nicht unterschätzt werden dürfe. Rechter Terrorismus komme von "unentdeckten" Einzeltätern und kleinen Gruppen. Es wird gewarnt, dass die harten Sparmaßnahmen zu einer Zunahme des rechten Extremismus führen könnten. Aus dem rechtsextremistischen Umkreis wird ein Terroranschlag, ein Brandanschlag in Barcelona, und in Deutschland die Festnahme von fünf Personen im Zusammenhang mit dem NSU angeführt.

Auch wenn 2011 kein Terroranschlag stattgefunden hat, der mit al-Qaida oder anderen islamistischen Gruppen in Verbindung gebracht wurde, so ist diese Bedrohung nach wie vor vorhanden. Festgenommen wurden in der EU: 122 Personen aus dem Umkreis des islamistischen Terrorismus, davon mehr als die Hälfte aufgrund des Verdachts, Mitglied einer Terrorgruppe zu sein. 17 wurden aufgrund vager Vorbereitungen auf einen Terroranschlag verhaftet, der Rest wegen Propaganda, Rekrutierung, Finanzierung etc. . Al-Qaida wird generell als *Key Player* für religiös inspirierten Terrorismus angesehen.

Die Terroranschläge auf den Frankfurter Flughafen im März 2011 und in Norwegen im Juli 2011 haben gemeinsam, dass sie (vermutlich) durch Einzeltäter begangen wurden, die sich gegen vermeintliche Invasionen ihrer auch durch Religion bestimmten Kultur wehren wollten. Gleichwohl werden beide als nicht unmittelbar religiös motiviert bezeichnet.

Es ist mit einer Zunahme von Tätern, die keiner Terrororganisation angehören („*Lone actors*“) zu rechnen, dies wirft jedoch die Frage auf, inwieweit man hier noch von Terrorismus sprechen kann.

Die Interaktionen zwischen Terroristen, gewaltbereiten Extremisten und der organisierten Kriminalität werden noch weiter zunehmen. Terroristische oder extremistische Aktivitäten sind oftmals durch organisierte Kriminalität finanziert. Zudem ist die Zuordnung mancher Akteure nicht immer klar definierbar.

Hervorgehoben wird die Rolle des Internet. Es sei zum Hauptkommunikationsmittel für terroristische und gewalttätige extremistische Personen und Gruppen geworden; gewarnt wird vor einem "*digitalen Dschihad*". Die Sozialen Netzwerke würden die Rekrutierung und Radikalisierung erleichtern.

TE-SAT: <https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/europoltsat.pdf>

Living Planet Report

Am 21. Mai wurde der alle zwei Jahre erscheinende „*Living Planet Report*“ des WWF veröffentlicht. Gemäß dem Report ist die "ökologische Überlastung" des Planeten auf mehr als 50% angewachsen. Das größte Problem ist der Ausstoß von Treibhausgasen, der sich seit 1961 verelfacht hat. Es dauert eineinhalb Jahre, damit die Erde die natürlichen Ressourcen ersetzen kann, die die Menschheit in einem Jahr konsumiert. Der ökologische Fußabdruck der Menschheit ist demnach um einen halben Planeten zu groß.

Die Länder mit dem größten Fußabdruck pro Kopf sind Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Dänemark und die USA. Am anderen Ende liegen die Palästinensergebiete, Osttimor, Afghanistan, Haiti und Eritrea. Österreich liegt mit einem seit 2005 um 5% gewachsenen Fußabdrucks auf Platz 17.

Die weltweite Artenvielfalt ist seit 1970 um 30% geschrumpft, in tropischen Regionen im Schnitt sogar um 60%. Gründe seien die Zerstörung der Lebensräume vieler Tiere und Pflanzen durch Umweltverschmutzung, Klimawandel und das Vertreiben heimischer durch invasive Arten.

Living Planet Report: http://wwf.panda.org/about_our_earth/all_publications/living_planet_report/

SIPRI-Yearbook 2012

Am 4. Juni wurde in Stockholm die diesjährige Ausgabe des SIPRI-Yearbooks präsentiert. Einige zentrale Ergebnisse sind:

- Ein sich permanent veränderndes Konfliktumfeld
- Rückgang der Rüstungsausgaben
- Keine Auswirkungen der Rüstungsproduktion durch die Finanz- und Wirtschaftskrise
- Weiterhin Steigerung der Rüstungsexporte und -importe
- Weniger Nuklearwaffen, aber Programme zu deren Modernisierung
- *Peacekeeping Operations* auf hohem Niveau, eine weitere Steigerung ist aber nicht zu erwarten

Die Umwälzungen im Nahen Osten und Nordafrika im Jahr 2011 zeigen die immer mehr die zunehmende Komplexität von (gewaltsamen) Konflikten. So reichte das Spektrum der Proteste von großen Demonstrationen und gewaltfreien Aktionen bis hin zur Nutzung von zentralen Plätzen in den großen Städten sowie zu unterschiedlichsten Formen der Gewaltanwendung, sowohl von staatlichen als auch nichtstaatlichen Akteuren. Bemerkenswert ist dabei die Inhomogenität und das überwiegende Fehlen von zentralen Führungspersonlichkeiten der Protestbewegungen. Grundsätzlich geht SIPRI davon aus, dass ein neues Konfliktumfeld im Entstehen ist, welches auch internationale Interventionen zusehends erschwert.

2011 stiegen die Rüstungsausgaben zum ersten Mal seit 1998 nicht mehr. Die globalen Rüstungsausgaben bewegen sich auf einen Stand von rund 1.7 Bill. US Dollar; es sind dies ca. 2,5% des *Global Gross Product*. Diese Stagnation dürfte vorwiegend auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen sein.

Die Top Ten bei den Rüstungsausgaben:

Rang	Staat	Ausgaben (Mrd. US. Dollar)
1	USA	711,0
2	China	143,0
3	Russland	71,9
4	Vereinigtes Königreich	62,7
5	Frankreich	62,5
6	Japan	59,3
7	Indien	48,9
8	Saudi-Arabien	48,5
9	Deutschland	46,7
10	Brasilien	35,4

Auf die Rüstungsproduktion bzw. Rüstungsindustrie hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise keinen Einfluss. Der Umsatz der 100 größten Rüstungsproduzenten belief sich 2010 auf 441.1 Mrd. US. Dollar. Nach wie vor sind US-amerikanische Unternehmen in diesem Bereich führend, die für 60% aller Verkäufe verantwortlich zeichnen.

Das Volumen des globalen Rüstungstransfers stieg zwischen dem Zeitraum 2002-2006 und 2007-2011 um 24% an. Die fünf größten Exporteure zeichnen für rund 75% aller Rüstungsverkäufe verantwortlich. Rund 40% aller konventionellen Rüstungsexporte ging an Staaten in Ozeanien und in Asien, gefolgt von Europa (19%), dem Mittleren Osten (17%), Amerika (11%) und Afrika (9%).

Die Top Ten der Rüstungsexporteure und -importeure:

Rang	Exporteure (globaler Anteil in %)		Importeure (globaler Anteil in %)	
	1	USA	30	Indien
2	Russland	24	Südkorea	6
3	Deutschland	9	Pakistan	5
4	Frankreich	8	China	5
5	Vereinigtes Königreich	4	Singapur	4
6	China	4	Australien	4
7	Spanien	3	Algerien	4
8	Niederlande	3	USA	3
9	Italien	3	VAE	3
10	Israel	2	Griechenland	3

Zu Beginn des Jahres 2012 besaßen acht Staaten -die USA, Russland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, China, Indien, Pakistan und Israel- etwa 19.000 Nuklearwaffen (2011: 20.530), davon 4.400 einsatzfähige. Die Reduzierung ist vor allem auf Russland und den USA zurückzuführen, die ihre Bestände insbesondere in Hinblick auf *Start New* reduzieren sowie ältere Systeme ausscheiden.

Zur gleichen Zeit entwickeln die fünf anerkannten Kernwaffenstaaten neue Trägersysteme und haben angekündigt, auf ihre nuklearen Kapazitäten nicht verzichten zu wollen. Indien und Pakistan entwickeln ebenfalls neue Trägersysteme und bauen auch ihre Kapazitäten zur Herstellung von spaltbarem Material für militärische Zwecke weiter aus.

Stand nukleare Gefechtsköpfe 2012:

Land	Einsatzfähige Gefechtsköpfe	Andere Gefechtsköpfe	Gesamt 2012	Gesamt 2011
USA	2.150	5.850	8.000	8.500
Russland	1.800	8.200	10.000	11.000
Vereinigtes Königreich	160	65	225	225
Frankreich	290	10	300	300
China		200	240	240
Indien		80-100	80-100	80-100
Pakistan		90-100	90-100	90-100
Israel		80	80	80
Gesamt	4.400	14.600	19.000	20.530

Einsatzfähig („*Deployed*“) bedeutet, dass der Gefechtskopf auf dem Trägersystem (Rakete) montiert ist oder sich auf einer Basis mit einsatzfähigen Kräften befindet.

Nach einem Jahrzehnt des Anstiegs der *Peacekeeping Operations* und des eingesetzten Personals pendelte sich die Zahl mit 52 auf das Niveau von 2010 ein. Von diesen 52 Operationen wurden 20 von der UN geführt. Auch die Zahl des eingesetzten Personals blieb mit rund 262.000 nahezu ident wie 2010. Die größte truppenstellende Organisation ist die NATO, die etwa 52% aller eingesetzten Kräfte stellt. SIPRI konstatiert der Weltgemeinschaft grundsätzlich, dass sie zusehends die Konzepte *Responsibility to Protect* (R2P) und *Protection of Civilians* (POC) ernst nimmt, bemerkt zur gleichen Zeit aber auch das Fehlen eines Konsenses hinsichtlich dessen konkreter Umsetzung. Das UN-Budget für 2012-2013 für *Peacekeeping* wird, wie erwartet, wesentlich verringert. Dies könnte Konsequenzen für bereits laufende Operationen, die Fähigkeit neue Missionen zu starten oder sogar zu einer Verlangsamung der UN-Aktivitäten in der Zukunft führen

SIPRI-Yearbook 2012: <http://www.sipri.org/yearbook>

Global Peace Index 2012

Mitte Juni wurde der *Global Peace Index* (GPI) veröffentlicht. Dieser wird vom *Institute for Economics and Peace* (IEP) in Sydney zusammengestellt und erscheint seit sechs Jahren. Anhand 23 unterschiedlicher Faktoren wird die Friedfertigkeit von 158 Ländern untersucht. Laut den Ergebnissen des GPI ist die Welt 2012 friedlicher als im Jahr 2011. In den beiden vergangenen Jahren hatte der GPI eine Verschlechterung der globalen Sicherheitslage angezeigt. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass sich Länder am oberen und unteren Ende des Index selten verändern.

Alle Regionen mit Ausnahme des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas zeigten Verbesserungen. Die Länder, die in Afrika südlich der Sahara liegen, sind als Ganzes zum ersten Mal seit Veröffentlichung des GPI nicht mehr die gefährlichste Region. Die Kriege hätten abgenommen, friedensbildende Maßnahmen seien verbessert worden, interne Konflikte hätten jedoch zugenommen. Somalia belegt wie im Vorjahr den letzten Platz.

Gemäß GPI sind die gefährlichsten Regionen der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika. Dies sei zum Großteil auf die Unruhen und Instabilität infolge des sogenannten Arabischen Frühlings zurückzuführen. Die Situation in Syrien ließ das Land über 30 Plätze auf Platz 147 abstürzen. Auch das nachrevolutionäre Ägypten und Tunesien sind einige Positionen nach unten gerückt.

Zum sechsten Mal in Folge ist Westeuropa unverändert die friedvollste Region. Die meisten seiner Länder befinden sich unter den ersten 20 Plätzen. Österreich befindet sich auf Platz sechs. Friedlichstes Land ist wie im vergangenen Jahr Island. Nach Zypern ist Griechenland das unsicherste Land in der EU (Platz 77).

Übersicht zu den jeweils zehn sichersten und zehn unsichersten Staaten sowie Positionierung Österreichs gemäß GPI 2012:

Sichere Staaten		Unsichere Staaten	
1	Island	149	Pakistan
2	Dänemark	150	Israel
3	Neuseeland	151	Zentralafrikanische Republik
4	Kanada	152	Nordkorea
5	Japan	153	Russland
6	Österreich	154	Demokratische Republik Kongo
7	Irland	155	Irak
8	Slowenien	156	Sudan
9	Finnland	157	Afghanistan
10	Schweiz	158	Somalia

Global Peace Index: <http://www.visionofhumanity.org/gpi-data/>

„Global Trends 2011“ Report des UNHCR

Am 18. Juni wurde der „*Global Trends*“ Report des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) veröffentlicht. Grundsätzlich ist die Zahl der Vertriebenen 2011 leicht zurückgegangen. Zählte UNHCR 2010 43,7 Mio. Vertriebene, sind es 2011 42,5 Mio. 15,42 Mio. von ihnen sind Flüchtlinge (10,4 Mio. unter UNHCR-Mandat und 4,8 Mio. palästinensische Flüchtlinge), 26,4 Mio. Binnenvertriebene und 895.000 Asylsuchende. Den Rückgang erklärt das UNHCR damit, dass 2011 überdurchschnittlich viele Binnenvertriebene (3,2 Mio.) Menschen nach Hause zurückkehren konnten. Mit über 800.000 Menschen, die 2011 aus ihrem Heimatland fliehen mussten, erreichte die Anzahl neu vertriebener Flüchtlinge 2011 den höchsten Stand in den letzten elf Jahren. Ursache dafür seien unter anderem die Krisen in Côte d'Ivoire, Libyen, Somalia und Syrien.

UNHCR ortet einen besorgniserregenden Trend: In den letzten fünf Jahren seien stets mehr als 42 Mio. Menschen auf der Flucht gewesen. Zudem sei die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen viele Jahre als Flüchtlinge in einem Camp oder unter schwierigen Lebensbedingungen in Städten ausharren müssten, sehr groß geworden. Beinahe drei

Viertel (7,1 Mio. Menschen) der 10,4 Mio. Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat würden seit mindestens fünf Jahren darauf warten, dass für ihre Zukunft eine langfristige Lösung gefunden werde.

Wie schon 2010 kamen auch 2011 weltweit die meisten Flüchtlinge aus Afghanistan (2,7 Mio.), gefolgt vom Irak (1,4 Mio.), Somalia (1,1 Mio.) und der Demokratischen Republik Kongo (491.000). Rund vier Fünftel aller Flüchtlinge bleibt laut UNHCR in ihren Nachbarländern.

Global Trends 2011: <http://www.unhcr.org/4fd6f87f9.html>

Failed State Index

Am 19. Juni wurde der vom *Fund for Peace* erarbeitete und von der Zeitschrift *Foreign Policy* publizierte achte *Failed State Index* (FSI) veröffentlicht (offiziell wird der Index am 13. Juli der Öffentlichkeit präsentiert). Im FSI werden 178 Staaten anhand von zwölf wirtschaftlichen, sozialen und politischen Indikatoren analysiert (der Index reicht jeweils von 1 bis 10, wobei ein hoher Index eine große Instabilität bedeutet). Die Liste der instabilen Staaten führen nach wie vor Somalia, die Demokratische Republik Kongo, der Tschad sowie der Sudan an. Wesentliche Verschlechterungen können gemäß FSI als Folge des Arabischen Frühlings in Bahrain, Ägypten, Syrien, Libyen sowie Tunesien festgestellt werden. Obwohl Japan nach wie vor zu den stabilsten Staaten zu rechnen ist, können hier jedoch auch bestimmte Verschlechterungen festgestellt werden. Dies wird im FSI auf das Erdbeben im Jahr 2011 und die folgende Reaktorkatastrophe zurück geführt. Kirgistan wird im FSI als derjenige Staat bezeichnet, der sich am meisten verbessert hat. Als stabilste Staaten werden traditionell die nordischen Staaten sowie die Schweiz genannt.

Übersicht zu den fünf stabilsten und fünf instabilsten Staaten sowie Positionierung Österreichs gemäß FSI 2012:

Rang	Index	Staat
1	114,9	Somalia
2	111,2	Demokratische Republik Kongo
3	109,4	Sudan
4	107,6	Tschad
5	106,3	Zimbabwe
168	27,5	Österreich
173	23,3	Norwegen
174	23,3	Schweiz
175	23	Dänemark
176	21,3	Schweden
177	20,0	Finnland

Failed State Index 2012: <http://www.fundforpeace.org/global/>